

Kleine Anfrage

des Abg. Felix Schreiner CDU

und

Antwort

**des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

Situation der SGB II (Hartz IV)-Aufstocker in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Menschen beziehen in Baden-Württemberg Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II (Hartz IV), aufgeteilt nach Landkreisen und nach der Familiensituation (z. B. Familienstand, Anzahl der Kinder)?
2. Wie viele Menschen in Baden-Württemberg beziehen SGB II-Leistungen zur Aufstockung ihres Bruttoverdiensts, aufgeteilt nach Landkreisen und nach der Familiensituation (z. B. Familienstand, Anzahl der Kinder)?
3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um aufstockende Leistungen zu erhalten?
4. Wie hat sich der Bedarf an aufstockender Hilfeleistung in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren entwickelt?
5. Welches sind nach ihrer Ansicht die Gründe für einen eventuell erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen in Baden-Württemberg?
6. Sieht sie regionale Unterschiede in der Entwicklung des Bedarfs an aufstockenden SGB II-Leistungen in Baden-Württemberg und falls ja, wie begründet und bewertet sie diese Entwicklung?
7. Welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente hält sie, außerhalb eines gesetzlichen Mindestlohns, für geeignet, um diese Entwicklung zu bekämpfen?

28. 05. 2013

Schreiner CDU

Begründung

Laut neuesten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit steigt die Zahl der Aufstocker, welche trotz eines regulären Jobs Hartz IV benötigen, deutschlandweit in den letzten Jahren. Daher ist die Situation in den Landkreisen Baden-Württembergs sowie die persönliche Situation der Betroffenen und eventuelle Handlungskonsequenzen aus dieser Entwicklung von Interesse.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Juli 2013 Nr. 42-0141.5/15/3545 beantwortet das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

- 1. Wie viele Menschen beziehen in Baden-Württemberg Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II (Hartz IV), aufgeteilt nach Landkreisen und nach der Familiensituation (z. B. Familienstand, Anzahl der Kinder)?*

Der Beantwortung der Fragen werden im Folgenden mit Ausnahme der Bundesdurchschnittswerte Daten zugrunde gelegt, die sich auf den Berichtsmonat Februar 2013 beziehen. Dies ist dadurch begründet, dass für die Festschreibung von statistischen Daten eine Wartezeit von drei Monaten gilt, um rückwirkende Änderungen berücksichtigen zu können.

Im Berichtsmonat Februar 2013 bezogen in Baden-Württemberg insgesamt 431.203 Personen Leistungen nach dem SGB II. Detaillierte Daten zu den Stadt- und Landkreisen sowie den Familientypen und der Anzahl der darin lebenden Kinder sind in Anlage 1 dargestellt.

- 2. Wie viele Menschen in Baden-Württemberg beziehen SGB II-Leistungen zur Aufstockung ihres Bruttoverdiensts, aufgeteilt nach Landkreisen und nach der Familiensituation (z. B. Familienstand, Anzahl der Kinder)?*

Im Berichtsmonat Februar 2013 gingen 28,6% der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (87.214 Personen) einer Erwerbstätigkeit nach. Als Erwerbstätigkeit gelten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, geringfügige Beschäftigungen (450 Euro-Jobs) und selbstständige Erwerbstätigkeit.

Weitere Details zu der Aufteilung nach Stadt- und Landkreisen und der jeweiligen Familiensituation sind in Anlage 2 enthalten.

- 3. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um aufstockende Leistungen zu erhalten?*

Vorweg wird darauf hingewiesen, dass nach dem amtlichen Sprachgebrauch der Bundesagentur für Arbeit (BA) als „Aufstocker“ nur solche Personen bezeichnet werden, die ergänzend zum Arbeitslosengeld nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) noch Arbeitslosengeld II nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) beziehen. Es wird aber im Folgenden davon ausgegangen, dass sich die Frage nicht nur auf „Aufstocker“ in diesem Sinne bezieht, sondern auf sämtliche erwerbsfähige Hilfebedürftige, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten und gleichzeitig ein Brutto-Monatseinkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbstätigkeit beziehen.

Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte bzw. deren Angehörige, mit denen sie eine sog. Bedarfsgemeinschaft bilden. Hilfsbedürftige, die erwerbsfähig sind, erhalten Arbeitslosengeld II. Die

nicht erwerbsfähigen Angehörigen der Leistungsberechtigten erhalten Sozialgeld zur Sicherung des Lebensunterhalts.

Die Grundsicherungsleistungen umfassen den Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts, Mehrbedarfe und den Bedarf für Unterkunft und Heizung. Darüber hinaus können Leistungsberechtigte unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen für Bildung und Teilhabe und weitere Leistungen nach Maßgabe der §§ 24 ff. SGB II beanspruchen. Daneben erhalten Leistungsberechtigte nach dem SGB II die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach Kapitel 3 Abschnitt 1 SGB II.

Leistungsberechtigt nach dem SGB II ist gem. § 7, wer das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7 a SGB II (65 bis 67 Jahre je nach Geburtsjahr) noch nicht erreicht hat, erwerbsfähig und hilfebedürftig ist und den gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland hat. Außerdem darf kein Ausschlussgrund vorliegen (vgl. etwa § 7 Abs. 1 Satz 2, Abs. 4, Abs. 4 a Satz 1, Abs. 5 SGB II). Leistungen können darüber hinaus auch Personen erhalten, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben (§ 7 Abs. 2 Satz 1 SGB II).

Erwerbsfähig ist gemäß § 8 Abs. 1 SGB II, wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein (zur Erwerbsfähigkeit von Ausländern siehe § 8 Abs. 2 SGB II).

Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen erhält, beispielsweise von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen.

Liegen nach Maßgabe dessen Hilfebedürftigkeit und die übrigen Anspruchsvoraussetzungen vor, werden Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in Höhe der Bedarfe nach § 19 Abs. 1 und 2 SGB II erbracht, soweit diese nicht durch das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen gedeckt sind.

4. Wie hat sich der Bedarf an aufstockender Hilfeleistung in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren entwickelt?

Die Zahl der erwerbstätigen Leistungsberechtigten nahm von 2009 auf 2010 deutlich zu. Mit der Erholung der Situation am Arbeitsmarkt hat sich die Lage für die Leistungsbeziehenden verbessert. Sowohl die Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Bezieher als auch die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften ist seit 2011 kontinuierlich gesunken. Die Zeitreihe erwerbstätiger Arbeitslosengeld II-Bezieher ergibt sich aus folgender Tabelle:

Zeitreihe	2008	2009	2010	2011	2012
Baden-Württemberg	79.251	82.921	94.519	92.547	89.061

Die Zahlungsansprüche der Bedarfsgemeinschaften, die im ergänzenden Leistungsbezug stehen, hatten 2009 mit monatlich durchschnittlich 792,27 Euro einen Höchststand erreicht. Bis 2011 sanken die Zahlungsansprüche auf einen Jahresdurchschnittswert von 746,01 Euro, um 2012 wieder auf 756,47 Euro anzusteigen. Die Gründe für den erneuten Anstieg sind die Anhebung der Regelbedarfe, die Entwicklung im Bereich der Miet- und Energiekosten, die Einführung neuer Leistungsarten (Mehrbedarf für Warmwasseraufbereitung) sowie die Erhöhung der Freibeträge bei anzurechnendem Einkommen.

5. Welches sind nach ihrer Ansicht die Gründe für einen eventuell erhöhten Bedarf an aufstockenden SGB II-Leistungen in Baden-Württemberg?

Im Dezember 2012 wurden im Bundesdurchschnitt 738,21 Euro an Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit ausgezahlt. In Baden-Württemberg lag dieser Betrag mit 748,24 Euro etwas über dem Bundesdurchschnitt,

Baden-Württemberg belegt damit im Vergleich mit anderen Bundesländern den 6. Platz.

Ein Faktor, der die unterschiedlichen Bedarfe in allen Bundesländern bestimmt, findet sich in den Kosten für Unterkunft und Heizung. In Baden-Württemberg sind die Kosten für Unterkunft und Heizung höher als im Bundesdurchschnitt, Baden-Württemberg liegt auch hier im Vergleich mit anderen Bundesländern auf Platz 6.

6. Sieht sie regionale Unterschiede in der Entwicklung des Bedarfs an aufstockenden SGB II-Leistungen in Baden-Württemberg und falls ja, wie begründet und bewertet sie diese Entwicklung?

Die Entwicklung des Bedarfs wird von der Einkommenssituation und damit von der Arbeitsmarktsituation in der Region beeinflusst. Auch das Mietniveau, das in wirtschaftlich starken Regionen in der Regel höher ist als in schwächeren Regionen, beeinflusst die Höhe des Leistungsbedarfs.

Weitere Gründe für einen Anstieg des durchschnittlichen Leistungsbedarfs sind beispielsweise das Ausscheiden von Personen aus dem Leistungsbezug, die nur in geringem Umfang auf aufstockende Leistungen angewiesen sind, beispielsweise wegen des Wegfalls der Hilfebedürftigkeit insgesamt (z. B. durch ein erhöhtes Erwerbseinkommen) oder aus Altersgründen. Durch den Wegfall dieser Leistungsbeziehenden erhöht sich mathematisch der durchschnittliche Leistungsbezug pro Person.

7. Welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente hält sie, außerhalb eines gesetzlichen Mindestlohns, für geeignet, um diese Entwicklung zu bekämpfen?

Das erfolgversprechendste arbeitsmarktpolitische Instrument gegen die Notwendigkeit, aufstockenden SGB II-Leistungen beziehen zu müssen, ist die Einführung eines branchenübergreifenden, flächendeckenden Mindestlohns. Menschen, die Vollzeit arbeiten, könnten dann zumindest selbst von ihrer Arbeit leben, ohne auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein.

Welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente neben einem flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn geeignet sind, einem erhöhten Aufstockungsbedarf entgegenzuwirken, hängt davon ab, aus welchen Gründen der Bedarf nach Transferleistungen besteht. Bedürftigkeit kann nicht nur durch eine Beschäftigung im Niedriglohnssektor entstehen, sondern auch durch ein geringes Einkommen bei Teilzeitbeschäftigung oder einen hohen Bedarf aufgrund der Haushaltsgröße. Um die Bedürftigkeit dauerhaft zu überwinden, müssen bei der Auswahl der flankierenden Instrumente die jeweilige Haushaltskonstellation beachtet und sämtliche Personen in der Bedarfsgemeinschaft berücksichtigt werden.

Daneben sind präventive Maßnahmen wie z. B. die berufliche Weiterbildung und Qualifikation von Personen ohne Berufsausbildung geeignet, einem langfristigen Bezug an aufstockenden Leistungen entgegenzuwirken. Bildungsmaßnahmen bringen dem Personenkreis der ungelernten Erwerbsaufstocker Vorteile, da Fachkräfte am Arbeitsmarkt bessere Chancen haben. Sie werden besser entlohnt als angelernte Arbeitskräfte, müssen seltener den Arbeitgeber wechseln als Menschen ohne Berufsabschluss und sind seltener arbeitslos.

Sinnvoll erscheint neben einem flächendeckenden, branchenübergreifenden Mindestlohn auch eine Beratung der Erwerbsaufstocker und ihrer Arbeitgeber dahingehend, nach Möglichkeit den Umfang der Erwerbstätigkeit zu steigern und eine Vollzeitbeschäftigung anzustreben. Denn Vollzeiterwerbstätige sind in der Regel nur für kurze Zeit auf aufstockende Leistungen angewiesen, die Mehrheit der Erwerbsaufstocker ist geringfügig beschäftigt und verbleibt längerfristig im Leistungsbezug.

Altpeter

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren

Personen im Leistungsbezug / Bedarfsgemeinschaften nach Familientypen - mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit

Baden-Württemberg und Kreise
Berichtsmonat: Februar 2013 - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten

[zurück zum Inhalt](#)

Hinweis:

Die Strukturdaten der Kreise mit vollständiger bzw. plausibler Datenlieferung wurden anhand der Eckwerte (Bestand an Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähige Leistungsberechtigte und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte) auf Länderebene hochgerechnet (und zu Gesamtgebirassen (Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland) zusammengefasst).

Regionen	1 erwerbsfähige Leistungsberechtigte	2 erwerbstätige ALGH-Bezieher	3 Anteil an allen eLB in %	darunter in Single-BG				darunter in Alleinerziehenden-BG							darunter in Partner-BG				
				4 insgesamt ²⁾	5 Anteil an allen eLB ³⁾ in %	6 erwerbstätige ALGH-Bezieher	7 mit 1 Kind	8 mit 2 Kindern mit 3 Kindern	9 mit 3 Kindern mit 4 Kindern	10 mit 4 Kindern	11 mit 5 und mehr Kindern	12 erwerbstätige ALGH-Bezieher	13 Anteil an allen eLB in %	14 ohne Kinder	15 mit 1 Kind unter 18 J.	16 mit 2 Kindern mit 3 Kindern unter 18 J.	17 mit 3 Kindern mit 4 Kindern unter 18 J.	18 mit 4 Kindern unter 18 J.	19 mit 5 und mehr Kindern unter 18 J.
Baden-Württemberg	305.405	87.214	28,6%	27.281	9,9%	20.022	12.194	6.430	1.592	336	67	36.143	11,8%	12.375	9.107	8.743	4.079	1.170	489
Stuttgart, Landeshauptstadt	27.847	7.925	28,5%	2.719	9,8%	1.029	991	483	127	*	*	3.303	11,9%	962	858	919	421	107	36
Böblingen	9.085	2.643	29,1%	705	7,8%	618	365	200	43	7	3	1.207	13,3%	294	284	334	184	37	11
Eßlingen	14.070	4.374	31,1%	1.267	9,0%	1.118	668	362	76	9	3	1.422	13,1%	580	458	493	227	58	26
Göppingen	7.745	2.148	27,7%	617	8,0%	525	310	169	33	9	4	931	12,0%	337	230	202	115	36	11
Ludwigsburg	13.440	3.757	28,2%	1.121	8,3%	942	533	317	76	12	4	1.545	11,5%	503	435	402	148	43	14
Rems-Murr-Kreis	12.266	3.625	29,6%	1.152	9,4%	844	503	259	68	11	3	1.498	12,2%	516	387	359	165	48	13
Heilbronn, Stadt	5.709	1.484	26,0%	419	7,3%	341	217	95	22	7	0	660	11,4%	205	168	167	75	24	11
Heilbronn	7.430	1.896	25,5%	496	6,7%	558	317	188	46	4	3	757	10,2%	184	167	58	22	20	*
Hohenlohekreis	1.879	542	28,8%	156	8,3%	151	77	50	18	6	0	*	*	107	55	36	*	7	*
Schwäbisch Hall	4.131	1.162	28,1%	336	8,1%	314	182	102	24	6	0	481	11,6%	181	126	90	58	17	9
Main-Tauber-Kreis	2.715	815	30,0%	241	8,9%	200	125	92	10	6	0	355	13,1%	151	89	77	23	10	5
Heidenheim	3.885	1.014	26,0%	287	7,4%	282	169	92	25	*	*	144	*	84	99	47	*	*	*
Ostalbkreis	7.061	1.920	27,2%	598	8,5%	463	287	134	36	12	3	801	11,3%	315	193	187	78	17	11
Baden-Baden, Stadt	1.946	595	30,6%	190	9,8%	126	75	33	15	3	0	265	13,1%	112	51	54	26	8	4
Karlsruhe, Stadt	13.936	4.241	30,4%	1.511	10,8%	943	620	243	69	8	3	1.602	11,5%	617	413	383	153	24	12
Karlsruhe	8.618	2.401	27,9%	639	7,2%	589	342	194	41	9	3	1.071	12,4%	289	277	134	28	16	6
Rastatt	5.341	1.512	28,3%	429	8,0%	379	209	131	31	5	3	660	12,4%	284	160	127	62	20	7
Heidelberg, Stadt	5.278	1.618	30,7%	673	12,8%	297	177	89	28	*	*	597	11,3%	169	155	73	14	11	11
Mannheim, Universitätsstadt	19.411	5.095	26,2%	1.711	8,8%	943	572	289	70	*	*	2.279	11,7%	745	616	553	271	59	35
Neckar-Odenwald-Kreis	3.318	869	26,2%	258	7,8%	222	124	76	18	18	*	352	10,6%	158	70	71	37	11	5
Rhein-Neckar-Kreis	16.116	4.852	30,1%	1.476	9,2%	947	599	274	51	14	3	2.221	13,8%	789	602	510	248	58	34
Pforzheim, Stadt	7.142	1.790	25,1%	544	7,6%	335	203	93	35	5	0	844	11,8%	309	178	204	109	31	13
Calw	3.264	801	24,5%	251	7,7%	209	116	66	17	10	0	328	10,0%	129	72	79	34	9	3
Enzkreis	2.958	742	25,1%	222	7,5%	187	111	52	18	*	*	320	10,8%	110	74	89	36	7	4
Freudenstadt	2.396	612	25,5%	169	7,1%	175	93	64	11	*	*	*	*	110	69	55	*	0	*
Freiburg im Breisgau, Stadt	11.188	3.380	30,2%	1.314	11,7%	646	415	181	44	6	0	1.320	11,8%	393	315	321	200	61	30
Freiburg-Hochschwarzwald	5.322	1.654	31,1%	517	9,7%	429	256	131	31	11	0	662	12,4%	230	168	153	76	25	10
Emmendingen	3.382	988	29,2%	292	8,6%	260	138	87	26	5	4	*	*	148	108	99	38	*	*
Oftalmkreis	10.830	3.218	29,7%	862	8,0%	868	478	288	79	*	*	1.401	12,9%	477	336	319	153	93	23
Rothweil	2.649	772	29,1%	255	9,6%	189	117	52	14	*	*	294	11,1%	116	75	46	40	12	5
Schwarzwald-Baar-Kreis	5.196	1.531	29,5%	457	8,8%	409	224	144	27	*	*	614	11,8%	224	149	142	65	28	6
Tuttlingen	2.871	806	27,9%	238	8,0%	226	128	77	4	0	0	*	*	71	41	41	*	*	*
Konstanz	7.900	2.285	28,9%	734	9,3%	581	338	183	47	*	*	880	11,1%	293	233	236	76	31	11
Lörrach	6.421	1.830	28,5%	511	8,3%	511	313	154	36	*	*	702	10,9%	270	192	144	77	21	8
Waldshut	3.921	1.078	27,5%	337	8,6%	273	159	91	17	6	0	437	12,4%	170	104	85	47	20	11
Reutlingen	7.791	2.223	28,5%	683	8,8%	514	300	165	37	9	3	939	12,1%	311	245	250	102	22	9
Tübingen	4.953	1.617	32,6%	565	11,4%	357	212	115	25	*	*	642	13,0%	221	172	146	57	31	15
Zollernabtkreis	4.802	1.246	25,9%	386	8,0%	317	182	108	22	3	0	487	10,1%	200	118	104	47	14	4
Ulm, Universitätsstadt	3.923	1.114	28,4%	349	8,9%	290	169	95	22	4	0	435	11,1%	162	93	102	63	12	3
Alb-Donau-Kreis	2.966	720	25,8%	191	6,8%	210	111	75	18	6	0	*	*	107	64	80	28	*	*
Biberach	2.650	816	30,8%	248	9,4%	251	144	76	25	3	0	*	*	148	58	51	29	*	*
Bodenseekreis	3.499	1.121	32,0%	390	11,1%	333	186	111	28	8	0	370	10,6%	154	75	36	13	0	0
Ravensburg	5.531	1.563	28,3%	509	9,2%	434	255	132	37	10	0	568	10,3%	177	166	135	64	20	6
Sigmaringen	2.873	779	27,1%	237	8,2%	197	104	61	26	*	*	309	10,8%	127	62	78	29	9	4

Fehlende Werte bei einzelnen Kreisen können wegen unpublizierbarer bzw. unvollständiger Datenlage auf freier.

¹⁾ Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert

²⁾ BG = Bedarfsgemeinschaft

³⁾ Anzahl BG entspricht Anzahl eLB

* eLB = erwerbsfähige Leistungsberechtigte

Zeitreihe Jahressumme der Zahlungsansprüche auf Leistungen für Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit

 Baden-Württemberg und Kreise
 Zeitreihe

Zeitreihe	2008		2009		2010		2011		2012	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Baden-Württemberg	688.760.420,25	732.563.419,15	802.828.219,40	744.650.544,89	728.559.414,13					
Stuttgart, Landeshauptstadt	61.403.976,06	67.408.930,06	74.512.641,29	72.719.279,40	X					
Böblingen	22.653.019,40	24.241.935,76	26.640.986,41	24.268.493,34						23.083.262,69
Esslingen	33.571.183,53	36.912.152,78	41.879.589,07	39.481.097,86						38.550.399,00
Göppingen	14.782.780,54	16.673.411,04	19.560.387,54	18.040.584,07						17.214.262,82
Ludwigsburg	26.892.407,83	30.244.707,23	35.188.162,14	33.141.782,33						32.660.073,72
Rems-Murr-Kreis	27.951.227,01	30.425.162,20	34.044.826,98	32.743.885,69						31.612.631,78
Heilbronn, Stadt	X	X	13.338.054,44	11.637.784,37						11.481.360,30
Heilbronn	15.567.101,51	17.272.130,51	19.230.589,61	17.114.160,78						16.077.387,24
Hohenlohekreis	4.296.284,12	4.551.608,84	5.112.537,96	4.207.179,23						4.085.587,22
Schwäbisch Hall	9.907.136,05	9.924.106,05	9.924.622,21	8.758.417,98						8.756.299,68
Main-Tauber-Kreis	7.243.870,86	7.113.152,02	6.989.788,78	6.037.579,43						6.197.605,63
Heidenheim	8.665.765,75	8.866.426,71	9.410.031,88	8.803.690,61						8.473.377,64
Ostalbkreis	17.934.979,73	18.830.796,81	21.061.924,16	17.896.974,08						15.945.773,20
Baden-Baden, Stadt	5.722.472,73	6.028.650,25	5.792.352,90	5.269.604,24						5.069.214,55
Karlsruhe, Stadt	31.263.148,80	33.217.759,45	36.126.046,26	35.126.571,86						36.331.900,86
Karlsruhe	X	X	20.128.652,00	21.957.610,13						19.226.364,09
Rastatt	10.681.111,17	11.289.395,84	13.918.761,94	12.896.724,76						12.487.367,00
Heidelberg, Stadt	13.042.188,56	13.796.952,80	14.608.551,94	14.009.462,19						14.302.295,11
Mannheim, Universitätsstadt	44.864.039,70	43.746.565,49	45.448.559,54	43.922.370,26						45.172.690,14
Neckar-Odenwald-Kreis	6.372.870,71	6.902.744,76	7.881.982,68	7.477.433,79						7.104.404,13
Rhein-Neckar-Kreis	X	X	X	X						40.355.409,88
Prorzhern, Stadt	13.414.714,32	14.675.914,41	16.738.781,23	15.612.852,30						X
Calw	X	6.237.740,50	7.171.152,85	6.105.773,33						6.425.445,39
Enzkreis	X	X	X	X						5.750.857,13
Freudenstadt	X	X	X	X						X
Freiburg im Breisgau, Stadt	25.828.407,38	29.141.771,35	31.098.647,18	30.284.804,95						29.901.174,49
Breisgau-Hochschwarzwald	12.896.797,76	14.019.371,50	14.593.383,31	13.796.170,32						12.752.949,60
Emmendingen	8.259.892,51	8.430.140,70	8.313.004,99	7.650.796,96						7.559.837,72
Ortenaukreis	X	X	X	X						25.640.265,44
Rottweil	X	6.392.201,98	14.415.808,03	X						5.670.526,53
Schwarzwald-Baar-Kreis	X	13.442.768,16	X	X						11.678.720,07
Tuttlingen	X	X	7.750.499,97	6.837.242,75						X
Konstanz	19.754.588,24	20.837.738,72	22.261.897,36	19.880.782,80						19.550.821,55
Lörrach	14.668.817,78	15.201.854,37	16.759.798,54	15.790.686,15						14.514.612,71
Waldshut	X	X	10.408.335,85	X						8.268.660,18
Reutlingen	14.378.905,13	15.795.691,98	18.947.238,92	18.698.773,10						19.285.726,97
Tübingen	12.941.719,78	13.009.821,78	14.118.940,35	13.636.510,70						13.752.593,95
Zollernalbkreis	9.984.910,10	10.847.828,57	12.380.406,52	10.666.803,30						10.630.522,44
Ulm, Universitätsstadt	X	X	10.638.931,80	X						X
Alb-Donau-Kreis	X	X	X	X						5.607.084,76
Biberach	X	X	X	X						6.020.098,68
Bodenseekreis	X	X	X	X						8.740.300,17
Ravensburg	X	X	12.756.190,32	X						X
Sigmaringen	6.783.750,77	6.863.558,81	7.789.385,89	6.444.093,32						6.019.089,88

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bei Zahlungsansprüchen und Einkommen liegen Daten für zugelassene kommunale Träger generell erst ab Juni 2009 vor und für Träger mit getrennter Aufgabenwahrnehmung liegen Werte für Zahlungsansprüche generell erst ab Januar 2009 vor. Werte für Baden-Württemberg sind hochgerechnet wenn nicht für alle Träger plausible Werte vorliegen. Bitte beachten Sie, dass die Hochrechnung nur eine Näherungslösung darstellen kann, die je nach Höhe des unplausiblen Datenanteils ungenauer ausfallen kann.

Übersicht Arbeitslosenquoten nach Rechtskreisen; aktueller Bestand an erwerbstätigen ALGII-Beziehern; Zahlungsansprüche

Anteilige Arbeitslosenquoten für SGB II und SGB III: Dabei werden die Arbeitslosen aus den Rechtskreisen jeweils auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogen. Die Summe der anteiligen Einzelquoten ergibt die Gesamtquote.

Deutschland nach Ländern
 Dezember 12

	Arbeitslosenquote (in Prozent)				Bestand erwerbstätige ALGII-Bezieher*	Durchschnittliche Höhe an Zahlungen für Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Euro*	Durchschnittliche Höhe an Zahlungsansprüchen auf Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaften in Euro
	gesamt		SGB III	SGB II			
	1	2	3	4			
Deutschland	6,7	2,2	4,5	1.302.824	738,21	333,82	
Schleswig-Holstein	6,8	2,3	4,4	48.340	743,81	337,13	
Hamburg	7,1	2,1	5,0	35.544	791,88	395,75	
Niedersachsen	6,4	2,1	4,3	127.382	737,18	334,38	
Bremen	10,8	2,0	8,8	18.938	790,34	361,04	
Nordrhein-Westfalen	7,9	2,1	5,8	297.125	808,18	361,33	
Hessen	5,5	1,9	3,7	82.637	767,99	372,06	
Rheinland-Pfalz	5,1	2,1	3,1	43.836	729,76	310,71	
Baden-Württemberg	3,9	1,7	2,2	87.590	748,24	343,61	
Bayern	3,6	1,9	1,8	87.095	707,11	337,00	
Saarland	6,8	2,2	4,6	15.130	700,71	326,91	
Berlin	11,6	2,4	9,3	127.647	788,36	370,41	
Brandenburg	9,9	3,0	6,8	64.299	660,58	282,36	
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	3,9	8,1	46.597	646,74	276,55	
Sachsen	9,4	2,8	6,7	106.678	649,77	267,64	
Sachsen-Anhalt	11,2	3,2	8,0	66.365	637,66	263,29	
Thüringen	8,2	2,9	5,3	47.621	636,21	261,45	

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*Die Daten beziehen sich auf den Berichtsmontat Dezember 2012, da dies ist der aktuellste Monat ist, für den deutschlandweit in der geforderten Kategorie alle Träger plausible Daten geliefert haben.